

»Europa muss atomwaffenfrei sein«

Organisationen der Friedensbewegung treffen sich, um über Möglichkeiten der nuklearen Abrüstung zu diskutieren.

Gespräch mit Lucas Wirl

Am heutigen Donnerstag veranstalten verschiedene Friedensorganisationen die Konferenz »60 Jahre nach den Göttinger 18: Deutschland atomwaffenfrei oder Nuklearmacht«. Wir werden gleich über die heutige Bedrohung durch Kernwaffen sprechen. Bitte erklären Sie zunächst, wer die Göttinger 18 waren, auf die Sie sich beziehen.

Am 12. September 1957 sprachen sich 18 Naturwissenschaftler in Göttingen gegen die atomare Bewaffnung Deutschlands aus. Unter ihnen waren bekannte Namen, etwa der Physiker Carl Friedrich von Weizsäcker. Die atomare Aufrüstung war damals vom CSU-Politiker Franz Josef Strauß vorangetrieben worden. Die Erklärung der 18 wurde dann stark diskutiert. Sie fiel zusammen mit dem Entstehen der Friedensbewegung der Nachkriegszeit in Deutschland. Nicht nur gegen die Atomwaffen wurde demonstriert, sondern auch gegen die deutsche Wiederbewaffnung.

Die atomare Aufrüstung der BRD gelang Strauß damals nicht. Doch nun wird wieder über deutsche Nuklearwaffen diskutiert, wenn auch bislang noch in vereinzelt Zeitungsbeiträgen. Wie bewerten Sie das?

Ein Großteil der deutschen Bevölkerung ist gegen diese Waffen. Doch seit Sommer 2016 tauchen vermehrt solche Artikel auf. Nach dem »Brexite«-Entscheid wurde plötzlich darüber nachgedacht, ob nicht Atomwaffen auf EU-Ebene verwaltet werden könnten. Der CDU-Politiker Roderich Kiesewetter erklärte, dass über eine deutsche Atomwaffe diskutiert werden müsse. Denkverbote dürfe es nicht geben. Das sind Anzeichen dafür, dass diese Aufrüstung zu einem Thema werden könnte. Doch bislang gehört das anscheinend nicht zu den wichtigsten Themen an jenen Stellen, die dabei etwas zu sagen hätten: Bundeskanzleramt, Auswärtiges Amt und Verteidigungsministerium.

Allerdings keimt diese Debatte in einer ohnehin brenzigen Lage auf. Derzeit wird global aufgerüstet. Die Umsetzung des Atomwaffensperrvertrags stockt, seit 1995 ist nichts Wesentliches passiert. Die Atomkräfte rüsten nicht ab; gleichzeitig gibt es immer mehr Staaten, die gerne solche Bomben besitzen würden.

An UN-Verhandlungen über

das Verbot von Atomwaffen hat sich die Bundesrepublik nicht beteiligt. Vermuten Sie dahinter das Kalkül, dereinst selbst über solche Systeme verfügen zu können?

Das glaube ich, ehrlich gesagt, nicht. Es ist simpler. Die Vertretung der USA innerhalb der NATO hat im vergangenen Dezember einen Brief ver-

fasst. In ihm wurde klar formuliert, dass sich die anderen Staaten nicht an den Verhandlungen beteiligen sollen. Denn es sei unklar, welche Folgen diese für die nukleare Teilhabe hätten, die in der NATO praktiziert wird.

Dazu muss man wissen, dass die USA den Atomwaffensperrvertrag wie folgt auslegt: Erstens sei die nukleare Teilhabe der NATO-Mitgliedsstaaten legitim. Deshalb dürften auch US-Bomben in Deutschland stationiert werden. Zweitens gebe es einen sogenannten Kriegsvorbehalt: Sollte es zur Auseinandersetzung kommen, sei der Vertrag einfach null und nichtig.

Das widerspricht natürlich unserer Meinung. Aber es sind die Prämissen, nach denen Deutschland bislang agiert. Ein vertragliches Verbot der Atomwaffen würde eine ganz neue Bewertung dieser Fragen erfordern. Davor fürchtet sich die Bundesregierung, sie will den Status quo beibehalten.

Sie sprechen sich für das Verbot der Waffensysteme aus. Welche Schritte schlagen Sie dazu vor?

Die US-Atomwaffen müssten aus Büchel, wo sie in Deutschland gelagert werden, abgezogen werden. Doch dabei darf es nicht bleiben: Wir brauchen eine atomwaffenfreie Zone Europa. Die technische Infrastruktur, die die Produktion der Bomben ermöglicht, muss zurückgefahren werden. Dazu gehört auch die zivile Nutzung der Atomkraft, aus der wir aussteigen müssen.

Auf internationaler Ebene müsste die Nuklearstrategie der NATO bekämpft werden. Das Militärbündnis behält sich immer noch ein Erstschlagsrecht mit Atomwaffen vor. Solange diese Drohung besteht, wird es nicht möglich sein, dahin zu kommen, dass Atomwaffen keine Rolle mehr spielen.

Zudem müsste mehr geforscht werden, wie die Abrüstung verifiziert werden kann. Wo ist aber die deutsche Universität, die ein Institut zur Abrüstungsforschung anbietet? Mir ist jedenfalls keine bekannt.

Interview: Jakob Roth



Lucas Wirl ist Geschäftsführer der Initiative von Naturwissenschaftlerinnen und Naturwissenschaftlern »Verantwortung für Frieden und Zukunftsfähigkeit«